

**ÖSTERREICHISCHER
GEMEINDEBUND****1010 WIEN, JOHANNESG. 15**
TELEFON: 521480^x 512 14 80Wien, am 6. Oktober 1987
Zl.: 000-11/87An das
Bundesministerium
für FinanzenHimmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
1015 Wien

GESETZENTWURF	
Zl.	69-GE/987
Datum:	12. OKT. 1987
Verteilt	14.10.1987 Lick

Dr. Pommer

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das BG vom 9.12.1981, BGBl.Nr.573/1981, über den Kunstförderungsbeitrag (Kunstförderungsbeitragsgesetz 1981) geändert wird.

Der Österreichische Gemeindebund beehrt sich zum Entwurf einer Novelle des Kunstförderungsgesetzes 1981 mitzuteilen, daß unmittelbar keine kommunalen Belange betroffen sind und daher kein Einwand erhoben wird.


Bedenken werden aber eingebracht über die Kürze der Frist zur Stellungnahme, denn es ist mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit davon auszugehen, daß seitens des Bundes überhaupt keine Stellungnahme erwünscht ist.

Die Erhöhung des Kunstförderungsbeitrages ist respektabel (S 40.- auf S 48.-) und wird die Bevölkerung neben andere Maßnahmen gerade im ländlichen Raum treffen.

Es wäre denkbar, daß man das Ausmaß der Kunstförderung durch Reorganisationsmaßnahmen und Ersparnissen bei der Ausgabenseite so wie bisher und damit im gleichen Umgang aufrechterhalten werden könnte.

Aus Verständnis der Bevölkerung bei einer der Regierungserklärung kontraproduktiven Vorgangsweise in diesem Gesetzesentwurf wird man sicher nicht rechnen können.

Für den Österreichischen Gemeindebund:
Der Generalsekretär:



Der Präsident:

